

Die
Russischen Landschafts-Institutionen

vom 1. Januar 1864

und der
Curländische Landtag

I. Termin 1878.

acc. 63316

**Biblioth.
Academ.
Dorpat.**

LEIPZIG.

Druck und Verlag von C. G. Naumann.

1879.

INHALT.

Einleitung.	Seite v
Welche Folgen würde es für Curland haben, wenn man dem gegenwärtigen Verfassungs-Körper: „Ritter- und Landschaft“ einen selbstständigen wirthschaft- lichen Körper: „die Russische Landschafts- Institution“ entgegenstellen würde?	„ 1
Kann man in Curland den gegenwärtigen Landtag er- weitern?	„ 29

EINLEITUNG.

Unser Landsmann, der Baron Wilhelm von der Recke, hat nach gewohnter Weise in der Mitau'schen Zeitung für eine brennende Frage eine Lanze gebrochen, indem er in mehreren Artikeln die Einführung der Landschafts-Institutionen vom 1. Januar 1864 einer Kritik unterzog. Dabei hat er auch jetzt — wo der Kampf der Partheien auf der Landbotenstube eben sehr heftig war — seine sachliche Position nicht verlassen. Er nimmt zu dieser Frage einen unpartheiischen Standpunkt ein, da er weder Gutsbesitzer in Curland ist, noch auch dieses Mal Deputirter war.

In seinen obangeführten Artikeln hat er eine sehr intime Bekanntschaft mit der Verfassung unserer Heimath an den Tag gelegt, daher es ihm auch geglückt ist, das punctum saliens herauszufinden.

Von ganz neuen Gesichtspunkten aus, hat er den Semstwojanern den Boden unter den Füßen fortgezogen, indem er ihnen das Terrain der Städte, der Privatbauern und sämtlicher Kronsländereien — auf das Jene die breitere Steuerbasis extendiren wollten — weg escamotirte.

Wenn ich die von ihm am Schlusse seines zweiten Artikels aufgeworfene Frage einer Bearbeitung unterziehe, so geschieht das nicht, weil ich mir eine „geschicktere Feder“ zutraue, sondern weil es mir nöthig erscheint, auch die politische Seite dieser Frage zu beleuchten, während er sich nur mit der national-öconomischen und rechtlichen Seite beschäftigt hat.

In den von ihm aufgestellten Gesichtspunkten finde ich eine fertige Disposition für mein Unternehmen, die es mir auch erleichtert, meinen zweiten Artikel zu stylisiren. Diese letztere Frage bei dieser Gelegenheit auch abzuthun, schien mir aus zwei Gründen geboten: während Aussenstehende die Zulassung sämtlicher Stände zum Landtage fordern, haben wir sowohl auf der Conferenz, als auch auf dem Landtage zu unserer Verwunderung öfter erlebt, wie die Semstwojaner dem Schöpfer der gegen-

wärtigen Verfassung — dem ehemaligen Landesbevollmächtigten — und wie man sagt, dem Hauptträger des im Lande manifestirten Majoritäts-Willens imputirten, dass er das Programm zu dem sogenannten erweiterten Landtag fix und fertig (mit Capitel-Ueberschriften und Paragraphen) in seinem Portefeuille verborgen halte, um bei günstiger Gelegenheit das Land damit zu überraschen; während dieser von dem Lande für seine grossen Verdienste so sehr ausgezeichnete Patriot diese Institution der neuen Landschaft doch nur so hartnäckig und dabei so elegant bekämpfte, um seine eigene Schöpfung vor dem Untergange zu retten. Wir verstehen diese Tactik der Führer der Minorität sehr wohl; sie ist auf die Zaghaften berechnet, die man mit dieser Vogelscheuche in die eigenen Netze treiben wollte.

Dieser Landtag hat viele Eigenthümlichkeiten aufzuweisen, die man beim Lesen der bald in Druck erscheinenden Acten ausführlich in ein rechtes Licht wird stellen können. Hier will ich nur einige hervorheben:

1) 2 Kirchspiele hatten ihren Deputirten den Antrag auf erweiterten Landtag zu vertreten übergeben; diese Deputirte finden wir im Lager der

Semstwojaner. Wie lässt sich das zusammenräumen?
Woher diese Coalition?

2) giebt es 6 Kirchspiele, die eine Modalität der Semstwo wünschen, deren Deputirte — die doch eigentlich gegen die Landschafts-Institutionen auftreten sollten — wir ebenfalls bei der Minorität finden;

3) endlich giebt es 2 Kirchspiele, die der Semstwo abhold sind, die aber — das eine aus Furcht vor dem erweiterten Landtage, das andere aus Connivenz für den Landes-Bevollmächtigten, der den Antrag auf Semstwo eingebracht hat — sich für die Semstwo entscheiden.

Darnach erinnert uns dieser Landtag an den deutschen Reichstag, in dem sich auch Partheien von den verschiedenartigsten Programmen als Opposition coaliren, die principiell alle Anträge, die nicht aus ihrer Mitte kommen, unbedingt negiren. Das haben wir hier auch in Bezug auf andere Deliberatorien erlebt, die gar nichts mit der Semstwo zu thun hatten. Ich bitte in A. v. Richter Gesch. d. deutsch. Ostseeprovinz., Th. II, Bd. 3 (Riga 1858) nachzulesen, wo es auf pag. 111 heisst: „Der Landbote hatte sich nach der ihm von seinen Committenten gegebenen Instruction zu richten“. So hielten es unsere Vor-

fahren. Scheidet man diese Deputirten aus der Minorität aus, weil die von ihnen abgegebene Collectiv-Stimme durch die im Kirchspiel abzugebenden Vixilstimmen bei der allendlichen Entscheidung hinfällig wird, so ergiebt sich eine imponirende Phalanx von 82 Mann, gegen eine Minorität von 1 Mann im Landtage.

In den auf Semstwo oder deren Modalität zielenden Deliberatorien war zugleich der Vorschlag enthalten „eine Commission niederzusetzen“, die ein Project dem Lande zur Abstimmung vorlegen sollte. Allen diesen Deliberatorien Rechnung tragend, hat die Majorität folgendes Sentiment dem Lande zur Annahme empfohlen: „Es möge eine Commission, bestehend aus dem Ritterschafts-Comité und 5 im Lande zu wählenden Commissarien gleich nach dem Landtage zusammentreten, ein Project zu einer Reform ausarbeiten und dem Lande zur Beschlussfassung vorlegen; sollte in dieser Commission ein Minorität-Project zu Stande kommen, so soll auch dieses dem Lande nicht vorenthalten werden, damit es so eine freie Wahl habe“.

Man konnte in der That nicht correcter dem Wunsche aller auf Reform antragenden Kirchspiele

entsprechen; dennoch stimmte die Minorität gegen dieses Sentiment aus folgendem Grunde: sie forderte, dass die 5 Commissarien nicht im ganzen Lande, sondern in den Oberhauptmannschaften gewählt werden sollten, weil sie meinte, alsdann mehr Commissarien in diese Commission zu bringen, als im erstern Fall. Nun muss man aber wissen, dass dieser von ihr geforderte Modus schon vor einigen Jahren eben deshalb vom Lande abgeschafft ist, damit solche Commissarien dem Willen des ganzen Landes — in seiner Majorität — in ihrer Arbeit zum Ausdruck bringen. Aus demselben Grunde wird u. A. das ganze Ritterschafts-Comité im ganzen Lande gewählt.

Statt dass die Minorität der Majorität der Landbotenstube dankbar sein sollte, weil letztere dieser Commission keine Directive gegeben hatte, damit ersterer damit nicht der Weg abgeschnitten würde, nach eingehendem Studium der Landschafts-Verordnung und ihrer vielen Beilagen, ein ihrem Sinne entsprechendes Project an's Land zu bringen; so stimmte sie mithin gegen dieses Sentiment, weil sich die Majorität nicht anmaassen wollte, das bei uns geltende Recht zu verletzen — eine ganz eigene Prätension!

Die Redactions-Commission des Landtages, die sämtliche Deliberatorien zu sentiren hat, besteht aus 5 Landboten. Zu der Majorität in der brennenden Frage standen 4, zu der Minorität dagegen nur einer. Daher waren die Motivirungen zu dem Majoritäts- und Minoritäts-Sentiment sehr von einander abweichend.

Ersterer Referent resümirte in Grundlage der sehr eingehenden Verhandlungen der im Mai d. J. abgehaltenen brüderlichen Conferenz alle Gründe, die das Land veranlasst hatte, gegen die Einführung der Landschafts-Institutionen zu stimmen; während der Minoritäts-Referent ein voluminöses Actenstück verlas — auf dessen Ausarbeitung er viele Wochen verwandt haben soll — das gar keine neuen Gesichtspunkte enthielt, die das Land veranlassen konnten von der einmal gefühlten Abneigung gegen diese neue Institution abzubringen. Man muss zu seiner Entschuldigung anführen, dass er — obwohl ein sehr begabter und gelehrter Herr — nie im Landesdienst gestanden und die letzten Jahre im Auslande verbracht, auch der brüderlichen Conferenz nicht beigewohnt hat. Es wäre sehr liebenswürdig von seiner Seite, wollte er diese gelehrte Abhandlung

durch den Druck veröffentlichen, da sie gewiss Vielen eine interessante Lectüre bieten und der Majorität in gar keiner Beziehung Abbruch thun würde. *Audiatur et altera pars.*

Mitten in die Verhandlungen über die Semstwo fiel — wie ein Blitz aus heiterm Himmel — der Rücktritt des Landesbevollmächtigten. In die ausführliche Erörterung dieser heiklichen Sache will ich nicht eingehen, ehe nicht die darüber referirenden officiellen Acten dem Lande gedruckt vorliegen. Doch muss ich Einiges auch hier anführen:

1) Vor und nach der Abstimmung auf der brüderlichen Conferenz erklärte der Landesbevollmächtigte — der die Einführung der Semstwo ganz allein (d. h. mit Umgehung des durch Einberufung der 10 nicht residirenden Kreismarschälle erweiterten Comités) an das zur Conferenz zusammengetretene Land gebracht und zur Berathung gestellt hatte, — dass er aus dieser Sache keine Cabinetsfrage machen würde; nach der Ablehnung seines Antrages trat er auch nicht zurück.

2) Vor der Berathung dieser Angelegenheit in der Landes-Versammlung gab der Landesbevollmächtigte die schriftliche Erklärung zu Protokoll,

dass er sich an der Discussion über diesen Gegenstand nicht betheiligen werde, die Bitte hinzufügend, die Landbotenstube möge dem Lande eine Reform empfehlen, da eine solche dringend geboten erscheine, ohne auf die Semstwo zu bestehen. *)

3) Da ganz unerwartet bittet der Landesbevollmächtigte in einem Anschreiben den Landbotenmarschall, ihn von der Liste der Candidaten zum Landesbevollmächtigten zu streichen, weil die im Landtage stattgehabte Abstimmung ihm ein ferneres Verbleiben in diesem Amte unmöglich mache, dessen hohe Würde er zu wahren habe. Solches bittet er der Landbotenstube zu eröffnen. Und nun erschallt ein lautes Bravo der Führer der Minorität, während die Glieder der Majorität darüber im höchsten Grade überrascht sind, da wie gesagt, die Verhandlung über die Sache noch lange nicht geschlossen war, im Gegentheil sich noch mehrere Tage hingezogen hat.

4) Als nun der Redactions-Commission das Commissum gegeben war, ein Antwortschreiben an den Landesbevollmächtigten abzufassen, kam dieses

*) Wie wir oben berichtet haben, ist seine Bitte im ganzen Umfange deferirt worden.

nach beendeter Verhandlung über die Semstwo, in der Landbotenstube zur Verhandlung. In diesem Schreiben drückt die Majorität der Commission dem Landesbevollmächtigten ihr Bedauern über den beabsichtigten Rücktritt aus und knüpft an den Hinweis auf das Protocoll der Landbotenstube (das die oben angeführte Annahme der von den Kirchspielen gewünschten Commission enthält) die Hoffnung und den Wunsch, er möge noch ferner Vertreter des Landes bleiben. Die Minorität bekämpfte auch dieses sehr höfliche Schreiben und empfiehlt statt dessen der Referent der Minorität in der Commission der Landbotenstube die Annahme eines Schreibens, worin die Landbotenstube sich beim Landesbevollmächtigten selbst verklagt und mit der Hoffnung schliesst, das Land werde sie dafür verdammen.

Wenn zwei divergirende Sentiments resp. Schreiben der Landbotenstube vorgelegt werden, so liegt es in der Natur der Sache und ist auch hier ganz gebräuchlich, dass nur das von der Landbotenstube angenommene oder emendirte, an das Land geht, das verworfene aber in den Papierkorb spaziert. Die Minorität dagegen forderte mit Ungestüm, dass ihr Schriftstück — als Anklageacte gewissermaassen der


Majorität — auch zum Abdruck in dem Diarium, gelange. Die Majorität trieb ihre Nachgiebigkeit so weit, dass sie diesem aussergewöhnlichen Petition nachgab. Ich mache alle Leser der Landtagsacten auf dieses die Minorität so recht eigentlich illustrirende Actenstück besonders aufmerksam. Dann werden Sie eine Einsicht gewinnen in diese künstlich geschaffene Situation.

Was die innern Motive gewesen sind, die den Landesbevollmächtigten zu diesem vorzeitigen Rücktritt bewogen haben, ist wohl nur seiner nächsten Umgebung bekannt. Der auf dem Landtage zu Stande gekommene Beschluss war es nicht und konnte es füglich auch nicht sein. Er hätte ja abwarten müssen, welches von der erst zu bestimmenden Commission ausgearbeitete Reform-Project vom Lande angenommen wurde. Wenn er auch wenig Aussicht haben konnte, die Semstwo durchzubringen, so konnte er als Präses der zu installirenden Commission dahin wirken, dass sich dieses Project als Modalität der Semstwo gestalte, die ihm eine fernere Vertretung des Landes möglich machte.

Durch diese Arbeit hoffe ich, die politischen Anschauungen sämmtlicher Partheien, sowohl in

unserm Lande, als auch ausserhalb desselben zu klären und auch eine Annäherung der streitenden Mitbrüder anzubahnen, damit sie sich bei der Ausarbeitung, resp. Ausführung des neuen Reform-Projectes, wieder alle auf ihrem Platze einfinden.

Zum Schluss muss ich mich darüber rechtfertigen, dass ich diese Arbeit anonym erscheinen lasse. Es geschieht nur aus dem Grunde, um ihr mehr Publicität und Verbreitung zu verschaffen, da anonyme Schriften bekanntlich lieber gelesen werden. Werde ich diesen Zweck erreicht haben, so werde ich auch nicht ermangeln, mich als Autor zu entpuppen.



I.

Welche Folgen würde es für Curland haben, wenn man dem gegenwärtigen Verfassungs-Körper: „Ritter- und Landschaft“ einen selbstständigen wirthschaftlichen Körper: „die Russische Landschaft-Institution“ entgegenstellen würde?

Gehen wir auf den Ursprung der Ritter- und Landschaft zurück, so finden wir, dass der bis dahin bei uns allein vorhandene Verfassungs-Körper: „die Ritter-schaft“ in der vorigen Legislatur-Periode durch die grossartige und weittragende Reform der Agrar-Verhältnisse in Grundlage des Reichsgesetzes vom 19. Februar 1861 dazu gedrängt wurde, auch hier diese Frage der Agrar-Reform auf die Tages-Ordnung zu setzen.

Die sich dabei ergebenden sehr vielseitigen Erwägungen und die auf den Landtagen gepflogenen, sehr eingehenden Discussionen führten zur Anerkennung des unabweislichen Gebots: „dass auch bei uns eine Reform der Agrar-Gesetzgebung unvermeidlich und wegen Selbsterhaltung der Gross-Grundbesitzer nothwendig sei — weil die Gefahr vor der Thüre stand, dass auch unser Gebiet in diese für das übrige Reich nothwendige Maassregel mit hineingezogen werde“.

Dieser weisen Einsicht konnte sich die Curische und konnten sich die baltischen Ritterschaften nicht verschliessen und eilten nun ohne Zeitverlust und mit vollem Bewusstsein ihrer Aufgabe zum Ausbau ihrer eigenartigen Verfassung — in der vollen Ueberzeugung, dass die zu befürchtende Octroyirung des ihnen Fremdartigen, den gegebenen Verhältnissen nicht Entsprechenden, den ganzen Gross-Grundbesitz im höchsten Grade schädigen würde.

Dank der grossen Gewandtheit der Repräsentanten sämtlicher baltischen Provinzen, die einer vollzogenen Thatsache gegenüberstanden, dass sie Mann an Mann zu der aufgeworfenen Frage feste Stellung nahmen. Das war ein harter Kampf um's Dasein, bei dem sämtliche baltischen Ritterschaften und man darf wohl sagen auch sämtliche Gross-Grundbesitzer ihre mit vollem Vertrauen ausgerüsteten Repräsentanten mit ihrem Banner deckten.

Diesem energischen Vorgehen unserer Repräsentanten — bis zu den Stufen des Thrones — verschloss unser erhabener für das Wohl aller seiner Unterthanen gleich sorgsamer Monarch nicht ein williges Ohr. Denn obgleich die Russische Presse und die bereits zur Entfaltung gelangten Russischen Partheien — die uns feindlich und missgünstig entgetreten — zu einer Gleichmacherei drängten und aus diesem Grunde auch auf die Einführung der Reichs-Bauerverordnung von 1861 in die baltischen Lande bestanden, so ist es uns doch gelungen, den Weg zu finden, auf dem wir unbeschadet an dieser gefährlichen Klippe glücklich vorübersteuerten.

Die Grundlage, die unsere Repräsentanten bei der Vertretung dieser hochwichtigen Angelegenheit als Aus-

gangspunkt nehmen konnten, war ein heiliges Vermächtniss unserer Väter — die vor uns ausgeführte Aufhebung der Leibeigenschaft unserer Bauern — die ein halbes Menschenalter früher als im übrigen Reich das Licht des Tages erblickt hatte. Bei dieser Reform hat es unter unsern Vätern auch nicht an heftigen Kämpfen der Partheien gefehlt. Wir sind ihnen aber zu grossem Dank verpflichtet, dass sie uns in dieser weisen Maassregel eine feste Basis für den allmäligen Weiterausbau unserer eigenartigen Verfassung hinterlassen haben.

Nachdem sich bei uns die Verhältnisse in diesem ruhigen Fahrwasser so günstig gestaltet hatten, dass eine Verwirrung bringende Sturmfluth nicht zu befürchten stand, konnten wir einen Schritt weiter gehen. Dieser zweite Schritt war die Freigebung des ausschliesslichen — bisher nur der Indigenats-Ritterschaft competirenden — Güterbesitz-Rechtes an alle Stände. Darnach durften die Bauern ihre Gesinde und Personen aus allen Ständen Rittergüter als Eigenthum erwerben — eine Errungenschaft auf dem Gebiete der Cultur und Civilisation, die für den fernern Ausbau der Verfassung eine gesunde Grundlage bot. Nur unter dieser Bedingung konnte die uns drohende Gefahr — die Einführung des unsere eigenthümlichen und sehr entwickelten Zustände bedrohenden Reichs-Gesetzes vom 19. Febr. 1861 — abgewandt werden. Nicht zu leugnen ist aber auch dass die Ritterschaft durch diesen Act der Entsagung grosse Anerkennung bei den anderen Ständen fand.

Aus diesem Kampfe ums Dasein gingen wir mit der

Schöpfung einer neuen Agrar-Ordnung nach eigenartigen Principien hervor, in welcher der Haupt-Paragraph der alten: „die freie Vereinbarung“ gerettet und gesetzlich anerkannt worden ist. Die einzige Beschränkung der Gross-Grundbesitzer war die obligatorische Verpachtung — bei völliger Abolition des Gehorsams — auf 12 Jahr — eine Maassregel, die von dem General-Gouverneur der westlichen Provinzen für die dortigen freien Leute ersonnen worden war.

Dieser Agrar-Verordnung verdanken die Bauern ihre auf breiter Basis der Selbstverwaltung angelegte Gemeinde-Ordnung. Sämmtliche Factoren, die bei dieser schweren, mit nicht wenig Mühen und Sorgen verbundenen Arbeit thätigen Antheil genommen haben, schwindelten sich nicht in die ephemeren Gefilde einer Conjecturalpolitik hinauf, sondern blieben fest und unverrückt auf dem realen Boden. Sie trieben im engsten Sinne der Bedeutung Realpolitik. Denn einmal standen sie einer Thatsache gegenüber: der Bauer-Verordnung vom 19. Februar 1861; dann stützten sie ihre Motive bei ihrem energischen Vorgehen auf eine vollzogene Thatsache: die Freilassung der Curischen Bauern von 1817 und endlich sahen sie die unvermeidliche Thatsache voraus: die materielle Schädigung der Ritterschaft — der alleinigen Besitzerin des Grund und Bodens — während diese Schädigung auch eine moralische Schädigung nicht allein der Ritterschaft, sondern auch der übrigen Bevölkerungs-Gruppen zur unausbleiblichen Folge gehabt hätte.

Damals war die Ritterschaft alleinige verantwortliche

Trägerin der Verfassung. Sie allein repräsentirte die säcularisirte politische Macht in unsern Marken. Sie allein hatte das Kreuz in Händen und hielt es zum Segen des ganzen Landes hoch und heilig. Genoss sie dadurch allen übrigen Ständen und Gruppen gegenüber eine höchst bezorzugte Stellung, — die nicht wenig beneidet war und nicht selten verzettelt wurde, — so hatte sie durch die damit übernommenen Pflichten auch eine grosse Verantwortung für die Entwicklung und für das Gedeihen des ganzen Landes übernommen. Die Acten dieser Ritterschaft legen ihr ein nie bestrittenes Zeugniß dafür ab, dass sie — soweit es ihre politische Machtsphäre gestattete und soweit ihre beschränkten pecuniären Mittel dazu ausreichten — nach allen Richtungen hin auch immer bereit gewesen ist, das Wohl der anderen Bevölkerungs-Gruppen ebenfalls im Auge zu haben und zu fördern. Wir erwähnen hier nur: die Anlage eines Lehrer-Seminars für die Ausbildung von Volkslehrern, die Sorge für Errichtung von Volksschulen, die Sorge für die Kirchen, die Anlage einer Landes-Creditbank, die Anlage und regelrechte Instandhaltung der öffentlichen Landstrassen.

Das Reichs-Gesetz vom 19. Februar 1861 hatte die Aufgabe, völlig regellose und unregelte Verhältnisse nach einem Schema zu ordnen. Es musste — wie die Erfahrung gelehrt hat — unzählige Umwandlungen der ursprünglich aufgestellten Gesichtspunkte erfahren, um den im grossen Reiche vorhandenen so mannigfachen topographischen und localen Verhältnissen angepasst werden zu können. Wäre dieses Gesetz der Ritterschaft ohne

Weiteres octroyirt worden, so wäre sie an ihrer materiellen Macht so sehr geschädigt, dass sie für lange Zeit in ihrer politischen und national-öconomischen Arbeit gelähmt wäre.

Nachdem sich die Ritterschaft von dem ihr drohenden Schiffbruch kaum erholt hatte und an ihrem Helmschmuck noch der Schaum des hochgehenden Wellenschlages erkennbar war, promulgirte die Staatsregierung wieder eine tief in das wirthschaftliche Leben des Russischen Volkes einschneidende Reform.

Da sie die Bauern durch die Freilassung auf selbstständige Füsse gestellt hatte — wodurch der Gross-Grundbesitzer (in Russland bis dahin nur der Adel) freilich in eine bedrängte Lage gerieth, da er für eine so grossartige ihm im Schlaf überraschende Reform gar nicht vorbereitet war, — so erschien es ihr möglich, schon am 1. Januar 1864 mit einer andern Reform hervorzutreten, die sämtlichen grundbesitzenden Gruppen der Bevölkerung eine ausgedehntere Entfaltung der Selbstverwaltung auf dem reinwirthschaftlichen Gebiet einräumte.

In dieser Reform, der Landschaft-Verordnung, leuchtet vor Allem der Grundgedanke hervor: die bis dahin in hohem Grade stattgehabte Centralisation und die damit verbundene Bevormundung der Bevölkerung nach dieser Richtung hin aufzugeben und letzterer selbst die Förderung und Verwaltung ihrer speciellen Interessen anheimzugeben. Lag der Bauer-Verordnung von 1861 die höchst edle ethische Absicht vor: das bis dahin menschenunwürdig geknechtete Russische Volk für frei und mündig zu erklären und dasselbe von den doch nicht abzuleugnenden

vielfach missbrauchten Fesseln der Gutsbesitzer zu befreien, so lag ebenso in der Landschafts-Verordnung von 1861 die Tendenz vor: sämtliche Bevölkerungs-Gruppen dem Drucke der vielfach Missbrauch treibenden Bureaucratie zu entziehen.

Das Gesetz von 1861 fand uns in einer Periode, wo die zu diesem Gesetz Anlass gebenden Motive bei uns gar nicht existirten, denn der Druck der Bauern seitens der Gutsbesitzer war bei uns durch die schon 1817 erfolgte Freilassung der Bauern aus der Leibeigenschaft, ein bereits überwundener Standpunkt. Um diesen Druck völlig auszuschliessen, hatte die Ritterschaft die Freizügigkeit der Bauern exportirt, wodurch die Nichtbesitzlichen unter ihnen eine freiere Bewegung erlangten und die Abhängigkeit von ihrer Gemeinde los wurden, bei der sie noch als glebae adscripti galten, indem sie ihr Gebiet nur mit besonderer Erlaubniss derselben verlassen durften und gewöhnlich nur dann, wenn die Gemeinde eine hinreichende Anzahl von Arbeitsfähigen zurückbehielt.

Endlich hat sich die Ritterschaft — auf persönlichen Wunsch des Monarchen — freiwillig des Rechtes begeben, Bauergesinde zu dem Guts-Complex einzuziehen.

Existirten somit die Motive zu dem Gesetz von 1861 nicht, so lag auch kein triftiger Grund vor, dieses Gesetz auf Curland zu extendiren.

Als nun die Landschafts-Verordnung von 1864 der Russischen Bevölkerung eine grössere Freiheit in ihrer Bewegung einräumte, erwachten auch bei uns Frühlings-Gefühle. Man meinte, dass auch bei uns etwas Derartiges zeitgemäss sei, damit wir nicht bei den Riesen-Fortschritten

der Reichs-Béwohner im Rückstande bleiben. Die in dieser Verordnung proclamirten liberalen Ideen wurden nun auch bei uns vielfach ventilirt und colportirt. Da war es wiederum die Ritterschaft, die sich dem nicht entziehen konnte, auf dem begonnenen Reformwege vorwärts schreiten zu müssen, da sie voraussah, dass unsere Verfassung abermals in Gefahr stand, in Frage gestellt zu werden.

Obgleich die baltischen Provinzen in dem Verzeichnisse derjenigen Gouvernements, für welche die Landschafts-Verordnung von 1864 prospiciert war, gar nicht aufgeführt waren, — weil ja diese Verordnung ebenso wie die Bauer-Verordnung von 1861 für ganz unregelmäßige Zustände und mit Bezug auf Institute erlassen war, die noch gar nicht oder nur in sehr mangelhaftem Zustande existirten — so konnten wir gar leicht wieder in die Lage kommen, bedrängt zu werden.

Es gab damals im Reich weder Schulen noch Landbanken, noch auch Wege etc., die bei uns schon lange sich eines Flors erfreuten.

Die durch eine vielhundert-jährige Erfahrung in politischen Dingen und durch mannigfache Prüfungen vorgeschrittene, in den Principien einer festen Verfassungsform grossgezogene Ritterschaft sah nach reiflicher Erwägung der Situation voraus, dass der neue für das Reich etwa nothwendige Apparat nicht ausreichen könne, um die wohlmeinenden Tendenzen der Staatsregierung vollkommen zu erfüllen. Sie betrachtete ihn daher als ein Provisorium, das mannigfache Wandlungen durchmachen müsse, um eine stabile Form zu gewinnen, in der er

den Absichten der Staats-Regierung mehr zu entsprechen geeignet wäre.

Dieser Weisheit unserer Politiker haben wir es wiederum zu verdanken, dass unsere Ritterschaft sich aus eigener Initiative zu dem dritten Schritt auf der eingeschlagenen Bahn entschloss, der uns zu dem Programm der Ritter- und Landschaft führte.

Dadurch wurde die Steuerbasis der nicht obligatorischen Steuern erweitert und die Ritter- und Landschafts-Kasse gebildet; die den Zweck hatte, solchen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, die durch die obligatorischen Steuern — der Gouvernements-Landprästenden — nicht befriedigt werden konnten. Bisher konnten nur diejenigen Rittergüter zur Willigung der Ritterschafts-Kasse herangezogen werden, die sich im Besitz von Indigenat-Edelleuten befanden. Nunmehr konnten auch solche Rittergüter zur Willigung herangezogen werden, die sich in Händen anderer Personen befanden, welche nicht zur Curischen Ritterbank oder Adelsfahne gehörten. Dafür erlangten diese letzteren auch das Recht, an der politischen Arbeit auf den Landtagen theilzunehmen und gewisse Wahlen der Landesbeamten vorzunehmen. Man sieht, dass dieser Apparat eine gewisse Analogie mit den Grundsätzen der Russischen Landschafts-Verordnung von 1864 aufweist und dass die Ritterschaft bei Construction ihres neuen Apparats bestrebt gewesen ist, dem Programm der Regierung sich möglichst anzupassen. Der Hauptunterschied liegt darin: dass die Städte, die Klein-Grundbesitzer und die Staats-Domänen von der politischen Berechtigung, dafür aber auch von den Landeswilligungen, ausgeschlossen sind, — die Städte,

weil man von ihnen nichts nehmen konnte, die Bauern, weil man von ihnen nichts nehmen wollte und die Domänen, weil die Staatsregierung kein Interesse an der politischen Arbeit hat, da ja in ihr als solcher die imperatorische Macht gipfelt, bei allen diesbezüglichen Vornahmen das letzte Wort cathégorisch auszusprechen. Sie brauchte nicht an einer Discussion theilzunehmen, da sie sich das Placet oder Veto vorbehalten hat. Die Behauptung: „dass durch Einführung der Landschafts-Institutionen auch andere Personen und Bevölkerungs-Gruppen zu Beisteuern herangezogen werden können“, beruht auf Unkenntniss der gegebenen, oben geschilderten Verhältnisse, die eine Ritter- und Landschaft und selbst die höhern Staatsbeamten nicht umzuredigiren im Stande sind, — was sich auch aus dem Umstande erweisen lässt, dass unsere weisen Staatsmänner mit grösster Zuverlässigkeit die unserer Eigenart entsprechende Reform zugelassen haben. Daraus lässt sich auch entnehmen, dass dieselben Staatsmänner die neue Landschafts-Institution als ein Provisorium betrachteten, das sie in ein Definitivum überzuführen beabsichtigten, sobald sich die neue Landschaft als ein gut arbeitender Apparat bewährt haben wird, sobald er der ihm eingeräumten Selbstverwaltung Ehre einlegt.

Auch die Behauptung ist nicht statistisch erwiesen: „dass durch Ausscheidung der verkauften Gesinde-Complexe aus der Landeswilligung ein grösseres Contingent von den Rittergutsbesitzern in Anspruch genommen wird“, das würde sich ergeben, wenn man diese Complexen mit

den Complexen der durch die neue Reform hinzugekommenen Nichtadligen in Vergleich stellen würde.

Dürfen wir auch nicht daran zweifeln, es werde unsern Staatsmännern gelingen, diese Reform von 1864 dereinst zum befriedigenden Abschluss zu bringen, so dürfen wir es doch ebenso nicht in Abrede stellen, dass es unserer Repräsentation zur grossen Genugthuung gereichen muss, ein dieser Provinz, aber auch dem grossen Staatsgebäude grössere Garantien bietendes Fundament für unsere Verfassung gelegt zu haben, als es die Staatsmänner von Fach in der Russischen Landschaft eronnen haben, deren demokratische Basis sich noch nicht als haltbar erwiesen hat, die daher aus unserer Verfassung mit Vorbedacht ausgeschlossen ist. Wir müssen ferner zugeben, dass unsere Repräsentation beim Construiren unserer neuen Verfassungsform der Ritterschaft in höchst patriotischer und nicht minder gewandter Weise ihre bevorzugte Stellung gewahrt und für lange Dauer gesichert haben. Unsere gegenwärtige Verfassung ruht auf den festen Säulen eines liberalen Conservatismus, da sich hier die beiden zuverlässigsten Elemente der Gesellschaft — die Intelligenz und die Interessen — zu gemeinsamer Arbeit auf dem Boden des Gemeinwohls geschwisterlich die Hand bieten.

Die neueste Geschichte des Auslandes zeigt uns deutlich, wie gefährbringend es ist, wenn die Staatsregierungen andere Stützen — als die eben genannten — für das Staatsgebäude suchen und namentlich ihre Machtsphäre in die untersten Bevölkerungs-Gruppen verlegen, die, wenig gebildet, zur Lösung politischer und national-öconomischer Fragen das Zeug gar nicht haben.

Ueberall finden sich Leute, die aus Eigennutz und Müssiggang diese unreifen, urtheilslosen Massen auszunutzen streben und sie gegen die bestehende Ordnung aufzuhetzen suchen. Was dabei aus der Gesellschaft wird, welche üble Folgen für das Staatsgebäude eintreten, wenn die Wogen in der Bevölkerung hoch gehen, das kümmert sie wenig, denn ihr Patriotismus ist durch ihre Selbstsucht in den Hintergrund verdrängt worden. Bei grosser Arbeitsscheu sind sie ausser Stande, reale Interessen zu verfolgen.

Hier im Lande begegnet man solch gefährlichen Subjecten glücklicher Weise nicht. Man kennt sie hier nur aus Zeitungs-Artikeln, sowohl aus dem Auslande, als auch leider seit einiger Zeit aus dem Innern des Reiches, dem wir angehören. Während sie dort aus der breiten Grundlage der Verfassung hervorgehen, scheinen sie in Russland aus der Bauer-Verordnung von 1861 zu stammen. Die Kowno'schen Gutsbesitzer — die an dieser grossen Reform und an den für ihre Cassen höchst empfindlichen Folgen derselben realen Antheil nahmen — mussten mit ihnen in sehr nahe Berührung kommen, da der damalige General-Gouverneur der westlichen Gouvernements sie als Friedens-Vermittler und Glieder der so berücktigten Taxations-Commissionen berief. Sie sind uns sehr treu von unsern Landsleuten geschildert, deren es viele als Gutsbesitzer im angrenzenden Lithauen giebt.

Welche Aufregungen der Völker und Staatsmänner durch diese Sorte von Menschen in vielen Theilen Europa's in jüngster Zeit hervorgerufen sind und welche Ausnahme-Maassregeln überall haben ergriffen werden müssen,

um diese Leute unschädlich zu machen, nachdem sie sogar das Leben der von Gottes Gnaden eingesetzten Staatsoberhäupter zu bedrohen sich erdreistet haben, weiss ja Jedermann aus den Zeitungen.

Ob es da nicht schon manche Staatsmänner in Europa giebt, die darauf sinnen, wie man die rohen, ungebildeten Volksklassen aus der Verfassungs-Grundlage ausscheiden könnte?

Unsere gegenwärtige Verfassung kann man als ein wohnliches Haus darstellen, dessen Aufbau die Ritterschaft in den verschiedenen Phasen folgendermaassen allmählig zu Stande gebracht hat: zu allererst legte sie ein festes Fundament: die Aufhebung der Leibeigenschaft; dann führte sie die Wände auf: die Freigabe des Güterbesitz-Rechtes an alle Stände und schliesslich setzte sie ein feuerfestes, das Ganze gegen jedes Unwetter schützendes Dach auf: die Ritter- und Landschaft. In diesem stattlichen mit Wappen und Schildern reich decorirten Hause verblieb die Ritterschaft der leutselige und gastfreundliche Wirth, der den Teufel niemals zum Gastmahl laden wird.

Wir sind davon überzeugt, dass unsere Verfassung unserm Gemeinwohl genügt, dass sie die Interessen des Reiches, dem wir angehören, nicht schädigt, dass sie dieselben vielmehr dadurch fördert, dass wir dem Reich tüchtige und zuverlässige Arbeiter auf den verschiedenartigsten Gebieten liefern, dass wir mit ihrer Hülfe eine geregelte Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten vermögen. Wir wollen daher nicht selbst an den Grundsäulen dieser Verfassung rütteln, da ausserhalb unserer Lande Leute bereit stehen, die je eher desto lieber diese

Säulen ganz niederreißen möchten, weil sie als Feinde der Ordnung uns dieselben nicht gönnen. Vielmehr wollen wir uns nur darauf beschränken, unsern stolzen Bau wo erforderlich, architectonisch auszuschnücken.

Da der Moment in unberechenbar kurzer Zeit eintreten kann, wo die Staatsmänner den Zeitpunkt für gekommen erachten, das Provisorium in ein Definitivum umzuwandeln und dann voraussichtlich die uns feindlich gesinnte Russische Presse und die uns nicht immer gewogene eigene Presse wieder auf unsern Stillstand hinweisen werden, so erscheint es wohl geboten, dass wir uns bei Zeiten auf dem Gebiete wohl einrichten, auf dem wir selbst Mängel erblicken, damit wir dann mit vollem Recht sagen können: „das Definitivum ist bei uns schon da.“

Da die künftige Russische Verfassung sich nicht so wie die unsrige auf eine in der Vorzeit liegende historische Entwicklung stützen kann, an der so und so viele unserer Vorfahren im Kampfe um das Dasein rüstig gearbeitet haben, so muss man annehmen, dass unsere Staatsmänner beim Construiren des Definitivums beabsichtigen, von der Landschaft auszugehen, in der sie zu diesem Behuf mit Vorbedacht sämmtliche wirthschaftlichen Interessen der ganzen Gouvernements-Bevölkerung vereinigten. Sie schufen somit zuerst das Budget.

Ist dem so, dann muss die natürliche nächste Folge davon die sein, dass die mit sehr wenigen Prärogativen ausgerüstete Adelscorporation in diesen Apparat aufgeht und dass dieser neuen Institution einige politische Rechte zugegeben werden.

Wenngleich als Definitivum hingestellt, wird diese In-

stitution in der That auch nur ein Provisorium sein. Denn da dasselbe aus so verschiedenartigen noch ganz neuen Gruppen hervorgegangen ist, deren Glieder sich auch nicht einmal in der eignen engen Sphäre, nicht einmal auf einem einzigen — dem wirthschaftlichen — Gebiete als tüchtige und zuverlässige Arbeiter bewährt haben, so wird eine geraume Zeit dazu gehören, bis dieser Apparat reife und schmackhafte Früchte zu fördern vermag.

Betrachten wir die Factoren — die zukünftigen Träger — dieser neu zu constituirenden Verfassung, so finden wir:

1) dass die aus der Leibeigenschaft getretenen Bauern — statt sich nunmehr aufzurichten und im Bewusstsein eines gesicherten Besitzes für den eigenen Heerd in freudiger Arbeit zu sorgen — sich auf die Lodderbank gelegt und aus der Knechtschaft ihrer Herren befreit, in die weit destruirende Knechtschaft des Spiritus gerathen sind; sowie, dass ein grosser Theil derselben sogar den heimathlichen Heerd und das Familienleben aufgibt, um in entfernten Gegenden bei leichter, sorgenloser Arbeit mehr Geld zu verdienen, als ihnen der mit Mühe und einer nothwendigen Zeiteintheilung verbundene Landbau abwerfen kann.

Den zurückbleibenden Weibern fällt alsdann die Bearbeitung des Ackers und die Sorge für den Hausstand allein zu. Was Wunder, wenn die Kinder halb nackt, ohne Schule, ohne Aufsicht und ohne Beschäftigung gleich den Thieren des Waldes aufwachsen und dass eine grosse Menge dieser unglücklichen Geschöpfe früh-

zeitig dem Verderben preisgegeben wird. Mit Wehmuth muss es jeden Menschenfreund erfüllen, der die Producte einer solchen Erziehung in den aus dem Inneren des Reiches hierher kommenden Strusenleuten, Ziegelstreichern, Borstenhändlern und Eisenbahn-Arbeitern zu Gesichte bekommt.

2) Von den neuen Stadt-Organen berichten uns die Zeitungen recht oft nicht sehr ergötzliche Dinge. Meist wird über einen grossen Mangel an Interesse der Stadt-verordneten geklagt. Häufig sollen Versammlungen nicht zu Stande kommen, wegen Mangels einer beschlussfähigen Anzahl Verordneter. Eben so wird aber auch über unzweckmässige Verwendung, ja sogar über Entwendung der communalen Baarschaften berichtet.

3) Von den Gross-Grundbesitzern hören wir, dass ihre Wirthschaften meist in einem höchst primitiven und desolablen Zustande sind, dass grosse Flächen Landes uncultivirt daliegen und dass sich unter denselben im Ganzen nur wenige persönlich mit der Leitung derselben beschäftigten. Allen diesen Missständen ist es wohl zuzuschreiben, dass die Russischen Zeitungen nicht selten umfangreiche Verzeichnisse von Gütern bringen, die wegen ausgebrochenen Concurses in Folge von Zahlungs-unfähigkeit zum öffentlichen Ausgebot gestellt sind — während bei uns solche Erscheinungen schon lange nicht mehr vorkommen.

Ist es da zu verwundern, wenn häufig berichtet wird, dass es in den Landämtern nicht sehr erbaulich hergeht. Es ist ja sehr natürlich, dass Personen, die ihre eigenen Interessen nicht wahrzunehmen, noch auch zu ordnen

verstehen, fremde Interessen vernachlässigen. Das Resumé der Berichte über die Semstwo's lässt sich dahin zusammenfassen: „dass seit Einführung dieses kostspieligen Apparats sowohl die Land- als auch die Stadt-Bewohner bedeutenden materiellen Schaden erleiden“.

Eine solchen Händen anvertraute Verfassung kann wohl füglich nicht darauf Ansprüche erheben, je ein Definitivum zu werden: Solchen extraordinären That-sachen gegenüber muss sie fortwährend Umwandlungen und Modalitäten unterliegen, wobei die ursprünglichen, principiell aufgestellten Gesichtspunkte so leicht abhanden kommen und je nach den Anschauungen der am Ruder befindlichen Staatsmänner in ein anderes Fahrwasser gerathen können. Wir sehen das bei der Bauer-Verordnung von 1861, in der schon in den ersten Jahren der Einführung derselben so viele Aenderungen vorgenommen wurden, dass oft nichts mehr als die Kapitel-Ueberschriften nachblieben. Wie wir aus dem Kowno'schen Gouvernement hören, sind auf den meisten Gütern die Verhältnisse zwischen Herren und Bauern noch nicht geordnet, wiewohl der Landantheil letzteren schon seit 15 Jahren verkauft ist. Es sind dort nicht einmal die Grenzen des Bauer-antheils revisorisch abgeführt. Wären wir so unvorsichtig, um Einführung der Landschafts-Verordnung von 1864 zu bitten, so müssten wir alle diese Wandlungen mitmachen und dann unsere hoch und heilig gehaltenen Principien einbüssen.

Also ungesäumt an's Werk! Die unserer Verfassung geeignetste Directive hat Baron Recke in seinen Artikeln bereits angedeutet und scheinen auch mir dieselben acceptabel. Unsere Devise für diese Arbeit muss sein:

„das wirthschaftliche Gebiet“ auf dem wir allein den neuen Körperschaften, der Landschaft und den Städten, nachgeblieben sind.

Wird der Vorschlag angenommen — Vertreter der Klein-Grundbesitzer in die erweiterte Session des Anordnungs-Comités aufzunehmen — nun so haben wir in jenen beiden Körperschaften analoges Organ und können alsdann füglich Anspruch darauf erheben, dass unsere Selbstverwaltung der Gouvernements-Prästande bis zu dem Maasse erweitert werde, wie sie jenen beiden Körperschaften ohne ihr Zuthun, ohne ihre Bitte mit der Promulgirung des neuen Gesetzes zugleich, eingeräumt ist.

Diese Concession — wodurch unser Prästande-Budget nicht den weiten Weg nach St. Petersburg zu gehen hätte, sondern hier zu Hause von den Gouverneuren bestätigt werden könnte — dürfte für uns nicht so schwer auszuwirken sein, da wir wegen der von Baron Recke angeführten sehr triftigen Gründe unsern Anordnungs-Comité in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung beibehalten können. In demselben sind die Staats-Interessen jedenfalls mehr gesichert, als in dem Russischen Landschaft-Apparat.

Dann hätten wir aber eine Selbst-Verwaltung, die — bei Aufrechterhaltung eines unumschränkten Willigungs-Rechtes der Ritterschaft und eines ebensolchen der Ritter- und Landschaft — von viel weiterer Tragweite ist, als sie jenen beiden Körperschaften zu Gebote steht.

Nunmehr kann ich an die Lösung der im Titel aufgeworfenen Frage schreiten und die Gefahr schildern, der wir uns aussetzen, wenn wir uns die Verordnung

der Russischen Landschaft octroyiren. Ich will es gleich mit dürren Worten aussprechen: „dass wir damit das unserm stolzen Hause so sorgsam aufgesetzte Dach muthwillig abtragen und sowohl die architectonisch aufgeführten Wände desselben, als auch dessen Fundament der Verwitterung anheimgeben“.

Denn die nothwendige Folge dieses gewagten Experiments ist unzweifelhaft die Auflösung der Ritter- und Landschaft, was ich aus Folgendem nachweisen kann: Die Grundbasis unserer Verfassung geht von dem Begriff „Rittergut“ aus. Nur wer ein Rittergut besitzt, gehört zur Ritter- und Landschaft. Nur der Curländische Indigenat-Edelmann kann ein Grundstück von bestimmter Grösse zum Rittergut erheben und in die Stimmliste eintragen lassen. Geht das Rittergut an einen Nicht-Adeligen über, so verbleibt es in der Stimmliste. Hier gravitirt unser liberal-conservativer Schwerpunkt, der in allen Phasen der irdischen Schwankungen unser Gleichgewicht erhalten soll. Diese uns von unsern Vorfahren überkommene Erbschaft muss bei Einführung der Semstwo aus unsern Annalen gestrichen werden. Denn mit der neuen Institution wird das Rittergut mit allen übrigen Liegenschaften — bis zu denen der niedrigsten Cathégorie: — der sog. Einhöfer, in ein Amalgam verschmolzen, aus dem es der geschickteste Chemiker nicht mehr herauszukrystallisiren vermag.

Ist uns aber auf diese Weise der Begriff „Rittergut“ abhanden gekommen, so möchte ich die Verehrer der Semstwo doch fragen, in welcher Weise sie dann noch bei der reissenden Strömung der Wandlungen die Ritter-

und Landschaft vor gänzlichem Schiffbruch zu retten gedenken, wenn sie diesen einzigen Rettungsanker leichtsinnig über Bord geworfen haben? Oder ist diesen Herren die gegenwärtige Verfassung ein Dorn im Auge? Wünschen sie vielleicht eine Reaction, um die Ritterschaft als alleinige Trägerin der Politik zu restituiren? Wie nun, wenn die Staatsmänner nach Einführung der Semstwo mit ihrem Programm des Definitivums kommen? Dann haben sie uns den erweiterten Landtag — der ihnen jetzt ein horror ist — direct in die Arme getrieben. Ich will nicht annehmen, dass diese Herren so böse Absichten im Schilde führen, daher muss ich vermuthen, dass sie das von ihnen heraufbeschworene Gespenst sich nicht so genau angesehen haben.

Es giebt bei uns Personen, die in ihrer leidenschaftlichen Verehrung für die Semstwo so weit gehen, dass sie der Ritter- und Landschaft den Vorwurf machen, sie habe auf der brüderlichen Conferenz dieses Frühjahrs die in reicher Fülle gespendeten Gaben der Landschafts-Verordnung unter dem reichen Schatz von Errungenschaften nicht herausgefunden, da sie in so kurzer Sessionszeit nicht habe viel weiter kommen können, als die Kapitel-Ueberschriften zu lesen. Mit dieser Beschuldigung klagen sie doch nur den Antragsteller und sich selbst an. Aber gesetzt den Fall, es wäre wirklich so gewesen. Wie kommt es denn, dass diejenigen Personen, die ein so völlig aussichtsloses Project an den Landtag brachten, nachdem es im Lande mit so überwiegender Majorität vor wenigen Monaten erst abgelehnt war, sich zur Vertheidigung dieses gewagten Unternehmens nicht besser ausgerüstet haben?

Während man vermuthen musste, sie hätten sich in der Zwischenzeit *procul negotiis* eingehender als die Conferenz mit dem Studium der Paragraphen besagter Kapitel beschäftigt, weil ihrer Ansicht nach das Vaterland in grösster Gefahr stehe, hat der Landtag von ihnen keine neuen Argumente vernommen, die die Landboten veranlassen konnten, das Land von dem ablehnenden Beschluss abzubringen. Ja noch mehr, die Hauptführer der Minorität blieben auf die ihnen gestellten Fragen eine zutreffende Antwort schuldig. Begiebt man sich auf den Kriegsschauplatz, so muss man dessen gewärtig sein, auch beschossen zu werden und daher rechtzeitig für gutwirkende Munition in hinreichender Menge sorgen.

Wenn man meint: „die Ritter- und Landschaft könne neben der ausser ihrer Competenz und Fühlung stehenden, für sich selbstständig tagenden und operirenden Semstwo fortbestehen“, so möchte ich mich auch darüber belehren lassen, wie sich die Herren die Gestaltung des Verhältnisses dieser beiden Interessen-Vertretungen denken.

Löst sich der Begriff: „Rittergut“ in den allgemeinen Begriff „Immobile“ auf, werden sämtliche zur Ritter- und Landschaft sortirenden Güter zu den Willigungen der neuen Landschaft herangezogen und werden alsdann aus dieser gemeinsamen Casse alle gemeinsamen Bedürfnisse der Kreise und der ganzen Provinz befriedigt, so kann leicht die Ritter- und Landschaft, als eine zwecklose Fiction hingestellt, in Frage kommen — nicht allein extra, sondern auch intra muros. Bei solchen Erschütterungen kann uns leicht eines schönen Tages

das sorgfältig aufgeführte Dach über dem Kopfe zusammenbrechen, ehe wir Zeit hätten, es zu verassecuriren.

Die unmittelbare Folge eines solchen Hazardspiels wird die Sprengung der Ritter- und Landschafts-Casse sein, die sehr leicht das Fallissement der Ritterschafts-Casse nach sich ziehen kann.

Eine politische Macht, die nicht die erforderlichen pecuniären Mittel hat, um der ihr gesteckten Aufgabe in der Erfüllung ihrer Unternehmungen den gehörigen Nachdruck zu geben, ist doch keine Macht. Sie lässt sich mit einer Armee vergleichen, der die Munition ausgegangen ist und die sich, der Vertheidigungs-Mittel beraubt, dem auf sie anstürmenden Feinde auf Gnade und Ungnade ergeben muss.

Wir sollen die Semstwo erbitten, um dadurch eine „autonome Verwaltung“ zu erlangen. Ich will es nicht rügen, das man „Autonomie“ mit „Selbst-Verwaltung“ verwechselt hat, aber ich will jetzt den Beweis antreten, dass das nur eine Fiction ist und dass wir bei diesem Experiment aus der Scylla in die Charybdis gerathen würden, deren Umarmung uns den letzten Athem ausdrücken würde.

Würden wir mit der Semstwo gesegnet, so müssen neue Organe — die Landämter — geschaffen werden. Ueber deren dereinstige Zusammensetzung können wir uns jetzt noch gar keine — auch nicht wahrscheinliche — Vorstellung machen, da noch nicht feststeht, in welchem numerischen Verhältniss die einzelnen drei Körperschaften in unserm neuen Apparat stehen werden. In den Russischen Gouvernements prävalirt in keinem einzigen

der Gross-Grundbesitz gegenüber den beiden andern Körperschaften. Es beruhte mithin die Annahme, dass bei uns die gebildeten liberal-conservativen Elemente vorherrschen werden, auf einer sehr vagen Conjectur, wenn man die hier vorhandenen vielen Krons-Ländereien in Rechnung bringt. Es lässt sich daher mit Bestimmtheit annehmen, dass die zersetzenden Elemente ein sehr bedeutendes Contingent liefern werden, namentlich wenn ein Theil der lettischen Presse sich an seinen Nächsten versündigt; wenn die Presse die Klein-Grundbesitzer nicht nach einer conservativen Richtung hin erzieht. Der kleine Ackerbauer sollte so recht eigentlich Träger des Conservatismus sein, weil sich die Interessen der Klein-Grundbesitzer vollkommen mit denen der Gross-Grundbesitzer decken. Hat dieser eine Macht in Händen, so gereicht dieselbe jenem zum Schutz; ist dieser dagegen ohnmächtig, so verkommt jener. Treten wir nach allen Richtungen hin über die Grenzen unserer baltischen Lande, so finden wir diesen Ausspruch im engsten Sinne des Wortes bestätigt. Wir wollen wieder das Kowno'sche Gouvernement als Beispiel heranziehen. Wir wissen, dass die Gross-Grundbesitzer dieses Gouvernements in Grundlage der Verordnung vom 1. März 1863 durch den obligatorischen Verkauf des Landantheils an die Bauern, bedeutende Verluste erleiden mussten, um für die Insurrection gestraft zu werden. Dadurch erlangten die Bauern ihre Gesinde für Spottpreise. Nachdem nun seitdem 15 Jahre ins Land gegangen sind, scheinen sie sich fast gar nicht gehoben zu haben. Im Gegentheil sind sie in manchen Gegenden viel ärmer als vor der Freilassung. Ueberhaupt

hat die Landwirthschaft dort Rückschritte gemacht, weil die Gutsbesitzer ein kärgliches Auskommen haben.

Viel wahrscheinlicher wird es sein, dass uns die Elemente der Landämter recht unliebsam sein werden. Wenn es nun einmal nicht unsere Liebhaberei ist, uns mit dem Rechnungswesen zu beschäftigen, so wird sich der Adel- und Literaten-Stand wohl nur ausnahmsweise zu diesen Posten melden. Wir werden die Beamten des Landamtes daher aus einer andern Sphäre nehmen müssen, die mit den Gliedern der Ritter- und Landschaft in gar keinem Connex steht. Diese Personen werden kein Interesse und kein Verständniss für die politischen Aufgaben der Ritter- und Landschaft haben, wohl eher das Streben haben, letztere zu durchkreuzen. Dagegen werden sie in der ungebildeten Gruppe Bekanntschaften haben und Berührungspunkte finden, die es ihnen erleichtern werden, zu einem Posten im Landamt zu gelangen. Mit der Zeit — wenn die Bewerbungs-Routine einen mehr realen Character angenommen haben wird, kann sich dergestalt die Machtsphäre der neuen Landschaft in einem rein bureaucratischen Organ concentriren, der nihilistischen Ideen nicht ganz abhold sein wird, die bei unserm Landvolk so leicht von Aussen her importirt werden können.

In demselben Tempo, mit dem die wirthschaftliche Machtsphäre der Ritter- und Landschaft in dem neuen Apparat abgeschwächt werden wird, muss ihre politische Macht auch geringer werden. Ihre moralische Macht wird der materiellen Ohnmacht weichen. Bei diesem Tausch unseres gegenwärtigen Prästanden-Apparats wür-

den wir uns unter das Dominium einer uns nicht gewogenen und möglicher Weise auch nicht zuverlässigen Bureaucratie unterstellen, die uns — wenn auch kostspieliger — weit weniger kostbar wäre, als unsere jetzigen Regierungs-Örgane, mit denen wir bis hierzu in sehr gutem Einvernehmen gestanden haben.

Werden wir unsere imponirende — weil privilegirte — Stellung einbüßen, so werden wir ferner auch nicht die Macht haben, die zersetzenden Elemente in Schranken zu halten.

Würde sich unser gegenwärtig gutes Verhältniss mit unserer höchsten Administration dereinst ungünstig gestalten — was Gott behüte, — nun so hätten wir es mit zwei Gegnern zu thun, deren Coalition unsere Stellung gefährden müsste.

Wo bliebe da die von uns so hoch getragene Cultur und Civilisation, deren Träger die Ritter- und Landschaft bisher gewesen ist? Da ein Stillstand nach den Gesetzen der Geschichte in dem Leben der Völker nie eintreten kann, so wird ein Fortschritt nicht ausgeschlossen sein. Aber dieser Fortschritt kann in unsern Augen in einen sehr unliebsamen, dem Ganzen sehr nachtheiligen Rückschritt umschlagen, der Alles das, was wir und unsere Vorfahren so mühsam aufgebaut haben, wieder niederzureissen strebt. Diesen Rückschritt werden wir nicht mehr zum Stillstand bringen, noch weniger aber zur Umkehr und zur Einlenkung auf die alten, uns lieb gewordenen Bahnen, bewegen können.

Nun, wir wollen uns der beruhigenden Hoffnung hingeben, die Curische Ritter- und Landschaft werde

diesen Kampf um's Dasein ebenso zuversichtlich und wohlgerüstet aufnehmen und mit erprobter Standhaftigkeit durchführen, wie bereits manche früheren. Da ihr keine neuen Argumente für die Zweckmässigkeit der neuen Theorie erbracht sind, so hat ihr altbewährtes, mit ihrer ergrauten Vorzeit, sowie mit der neuesten Geschichte ihrer Selbstentwicklung eng und wesentlich verwachsenes, auf den festesten Grundlagen ruhendes Princip, durch die Bestrebungen der Semstwojaner auch nicht die geringste Abschwächung erlitten.

Sie wird daher auch auf der durch den diesjährigen Conferenzial-Beschluss gewährten Position verharren und den Weg zu der ihr nothwendig erscheinenden Reform in principieller Continuität verfolgen; keinen Schritt von der ihr gebotenen Realpolitik abweichen und mit zäher Energie die liberal-conservativen Elemente unserer Marken immer enger und fester um ihr Banner schaaren.

Der Beweis ist geführt, dass es sowohl utiliter, als auch rechtlich geboten ist, die Landschafts-Institutionen von 1864 unter den gegebenen Verhältnissen in Curland nicht einzuführen. Wer dennoch auf diese Einführung trotzig besteht, ohne die angeführten, vielfach laut dagegen sprechenden Gegen Gründe durch bessere auf That-sachen gestützte Argumente hinfällig zu machen, nun der ergeht seine aufgeregte Phantasie in eigener Politik. Solche Politiker überzeugen zu wollen, ist ein völlig unfruchtbares Bemühen. Den triftigsten Beweisen setzen sie trotzig ihr „Ego“ entgegen und fordern nichts mehr und nichts weniger, als dass eine geschlossene, nach vielen hundert Mann zählende Ritterschaft sich ihrem sou-

veränen Einzelwillen ohne Weiteres beugen soll. Diese Herren wähnen, dass man mit lauter unbenannten Zahlen zu einem Facit kommen kann.

Diesen Herren empfehlen wir ein fleissiges Studium unserer Heimaths-Geschichte, damit sie sich lebhaft in die Zeit versetzen, wo unsere Vorfahren in heissen Kämpfen um's Dasein — um ihre wohlverbrieften Rechte — mit ihren Herzögen standen. Selbst diese souveräne Macht musste sich der geschlossenen Phalanx beugen und das angetastete Recht restituiren; weil das Recht eine ewige Natur hat und mit unauslöschlichen Lettern auf die unzerstörbaren Blätter der Weltgeschichte tief eingegraben, in die Herzen der ächten Patrioten als ein köstliches Kleinod niedergelegt, ein dem Weltmarkt entzogenes, unveräusserliches Gut ist.

Bei dieser Lectüre würden sie unter den eifrigsten Kämpfen der Vorzeit auch die Namen ihrer eigenen Geschlechter im Vordertreffen finden, deren Heldenthaten uns die Geschichte zum Vorbilde aufbewahrt hat. In ihren Vermächtnissen würden sie die Mahnung finden: „verschwendet nicht leichtfertig, was wir im Schweisse unseres Angesichts für euch erworben und mit unserm Blute besiegelt haben“.

Durch solche Erinnerungen begeistert, würden sie sich aus dem alltäglichen Leben emporheben auf einen höhern Standpunct und von hier aus die sich unter ihnen ausbreitenden heimathlichen Landschaften — mit ihren Bergen und Thälern, mit ihren Aeckern und Wiesen, mit ihren stolzen Burgen und Ruinen, mit ihren Kirchen und Schulen und mit ihren friedlich neben

einander lebenden, emsig schaffenden Bewohnern — in einer weit anmuthigern Beleuchtung erblicken, als die modernen Landschaften mit ihren unabsehbaren Eiden und baumlosen Steppen.

Wir können uns aber auch der tröstenden Aussicht hingeben, unsere hohen Staatsmänner werden uns bei der Abwehr der Landschafts-Institutionen von 1864 bereitwilligst die Hand bieten. Auch für diese Fingerzeige sind wir dem Baron Recke zu Dank verpflichtet. Nach seinen sehr richtigen Deductionen würde das Interesse des Fiscus durch eine solche Neuerung im höchsten Grade geschädigt werden.

Die Entscheidung dieser Frage würde nicht — wie Einige fälschlich annehmen, — vom Minister des Innern allein abhängen. In erster Reihe wäre wohl der Minister der Domänen zu befragen, ob er eine solche arge Schädigung seines Ressorts zugeben wolle; dann käme in zweiter Reihe der Finanzminister, der zu entscheiden hätte, ob der Fiscus einen so bedeutenden Ausfall vertragen könnte. Der Justizminister würde gefragt werden müssen, ob er den angeführten Contractbruch gutheissen wolle. Dem Minister des Innern bliebe nur die Entscheidung der Frage nach, ob die Städte die in Aussicht genommene Mehrbesteuerung vertragen könnten.

Wir glauben mit Zuversicht, alle vier Minister werden wegen aller oben angeführten Gründe die Einführung der Landschafts-Institutionen in Curland entschieden ablehnen.

II.

Kann man in Curland den gegenwärtigen Landtag erweitern?

Ehe ich zur Beantwortung dieser hochpolitischen Frage schreite, erachte ich es für erspriesslich, in Kurzem zu mustern, welche verschiedenartige Strömungen, Richtungen und Wünsche im Allgemeinen cursiren, um darnach alle die hierauf bezüglichen Gesichtspunkte in's rechte Licht zu stellen und daraus den Schluss zu ziehen, welche Aussicht bei uns der sogenannte erweiterte Landtag hat.

Nach dem, was man hierüber in den letzten Jahren theils in der Presse, theils im Gespräch vernommen hat, sind die Auffassungen über die politischen Aufgaben und Arbeiten bei uns sehr mannigfacher Art.

Die Hauptfactoren auf diesem Gebiete lassen sich etwa in folgende drei Gruppen zusammenfassen:

1) Die Einen wollen gar keine Reform unserer Verfassung — weder auf dem politischen, noch auch auf dem wirthschaftlichen Gebiet. Diese Gruppe wollen wir als die Conservativen bezeichnen.

2) Andere wollen auch die Verfassung intact erhalten, geben aber eine Reform auf dem wirthschaftlichen

Gebiete nach. Wir werden diese als die Liberal-Conservativen bezeichnen müssen.

3) giebt es Solche, die eine totale Aenderung der Verfassung in politischem Sinne fordern; wobei das wirthschaftliche Gebiet consequenter Weise in die Reform mit hineingezogen wird. Diese mögen die Liberalen heissen.

Gehen wir von dieser flüchtigen Skizze auf die einzelnen Theile der hier zu entwerfenden Bilder über und schildern die Motive, die der Einzelne für seine Auffassung und für die Berechtigung derselben auf allgemeine Anerkennung anführt, so ergeben sich aus diesen Gruppen noch Unterabtheilungen in verschiedenartigen Schattirungen und Nüancen. Diese technisch zu bezeichnen, überlasse ich dem geeigneten Leser, denn bei uns, wo es prononcirt ausgesprochene Programme grösserer Partei-Gruppierungen nicht in der Art giebt, wie in ausländischen Kammern, da sind solche Bezeichnungen auch nicht geläufig.

Um Missverständnissen vorzubeugen, hebe ich ausdrücklich hervor, dass ich mir die Schablonen zu den einzelnen Bildern nicht aus dem engen Rahmen der officiellen Landbotenstube, noch aus dem weitem der Ritter- und Landschaft allein geholt habe, sondern, dass ich auch die ausserhalb dieser Sphäre wahrgenommenen Erscheinungen mit berücksichtigt habe.

Bis vor Kurzem hat man es in unserm engern Vaterlande noch für undelicat gehalten, über politische Dinge öffentlich zu verhandeln, namentlich, weil man dabei öfter die Erfahrung gemacht hatte, dass die Russische

Presse eine jede solche Gelegenheit benutzte, um über uns herzufallen. Wir müssen ihr das nicht so übel nehmen und tragen selbst viel Schuld daran; denn im Allgemeinen machen wir selbst gern Krawall und fangen mit Jedermann, der mit uns nicht einer Ansicht ist, Krakehl an; die Russische Presse wird in dieser Weise nicht gut unterrichtet über unsere Verhältnisse und nimmt den Faden auf. Unsere Sache ist es, unsere Zustände ihr genau und klar zu schildern; dann können wir auch sicher sein, dass die Redacteurs der Russischen Presse, unter denen es sehr geschiedte Leute giebt, einen andern Ton anschlagen werden. Das können wir ihr nicht zum Vorwurf machen, dass sie durchweg parteiisch ist; denn sie berichtet uns recht oft über Ordnungs-Widrigkeiten aus dem Innern des Reiches und führt dabei eine recht scharfe Geissel. Man kann es ihr auch nicht verargen, wenn sie Artikel in die Spalten ihrer Blätter aufnimmt, die ihr von unsern inländischen Correspondenten mit der Betheuerung: „aus zuverlässiger Quelle“ zugehen. Traurig ist es dabei nur, dass es Correspondenten giebt, die wenig Patriotismus haben und in der Verleumdung ihre Befriedigung finden.

Daher ist es auch mir gewiss nicht leicht, für die Ausführung eines so schwierigen Bildes den rechten Ton zu finden, damit die Schlagschatten nicht zu grell hervortreten. Dem ungeübten Maler kann die Hand unwillkürlich zittern und dann der Pinsel einen zu dicken Strich auftragen. Sollte das bei meinem Bilde der Fall sein, so bitte ich zu retouchiren, wie das ja der geschickteste Photograph auch thut.

Auf den Ausspruch einer maassgebenden Person an maassgebender Stelle: „dass in politischen Dingen die ausgedehnteste Rede- und Schreibe-Freiheit gewahrt werden muss, weil sich die Wahrheit aus der Friction der Gegensätze ergibt“ (wohl ebenso, wie der Funken entsteht), gestützt, fasse ich den Muth zu diesem gewagten Versuch, in der Zuversicht, genannte Autorität werde mich gütigst corrigiren, wenn ich nicht naturgetreu skizzire.

I. Gruppe. Während Einige in dieser Gruppe unter jeder Bedingung an dem Bestehenden festhalten, neigen Andere zu der II. Gruppe wohl hin, fürchten aber die bei der Reform sich ergebenden Schwierigkeiten, aus denen schliesslich doch die ihnen nicht beliebte Russische Landschafts-Institution hervorgehen könnte.

II. Gruppe. 1) Solche, die einer eigenartigen Reform auf dem wirthschaftlichen Gebiet zugeneigt, der Semstwo aber abgeneigt sind.

2) Solche, die mit ganz besonderer Energie auf die Einführung der Semstwo bestehen. Ihre Gründe für diese Neuerung treten nicht ganz klar zu Tage, daher sie den Verdacht auf sich ziehen, eine ganz besondere Veranlassung dazu zu haben, die sie aber im Hinterhalt verbergen. Dieses Bild lässt sich mit den seit einiger Zeit cursirenden „Vexirbildern“ vergleichen. Diese Schattirung wird beschuldigt, dass sie allen damit verbundenen Gefahren zum Trotz die weiteste Steuerbasis zugiebt, um dadurch — wie man meint — für sich selbst den Boden zu einer grösseren Machtsphäre wieder

zu erobern, der ihnen in dem Apparat der Ritter- und Landschaft abhanden gekommen scheint. Ist dieses Programm wirklich existent, so erscheint diese Schattirung der gegenwärtigen Verfassung als die gefährlichste. Denn dann ist es klar, dass durch Einführung der Semstwo eine Reaction beabsichtigt wird — die Ritter- und Landschaft soll zu Fall kommen, um der Ritterschaft ihr altes Feld wieder einzuräumen. Fallen die auf Papier ausgestellten Pfandbriefe der Ritter- und Landschaft, so steigen die Metall-Pfandbriefe der Ritterschaft im Course. Kommt diese Rechnung richtig aus, so wird — schliessen sie wohl weiter — der Ritterguts-Besitzer von historischem Schlage wieder seine alte hochtorry'sche Macht allein im Lande aufrichten. Ob dieser Traum ihrer dereinstigen Suprematie in Erfüllung gehen wird, ist doch in dem Fall höchst problematisch, wenn unsere höhern Staatsmänner in der Art zu dem Definitivum übergehen, wie wir letzteres oben uns vorgestellt haben, — in das sämtliche Bevölkerung-Gruppen aufgehen müssen. Denn dann kann wieder das fatale Thema der Gleichmacherei auf's Tapet kommen und die Ritterschaft eines schönen Tages wie Aether verduften.

Dann hätte diese Schattirung ein hochliberales Aus-hänge-Schild und gäbe sich der Meinung hin, dass Niemand errathen kann, was sie im Schilde führt. Wir leben in einem Zeitalter, wo die Sitten ebenso wie die Moden sehr häufig wechseln. Unsere Vorfahren trugen ihr Wappen auf dem Schilde, damit Jedermann erkenne, zu welchen Farben sie sich bekennen. Diese Schattirung ist aber, wie gesagt, sich selbst gefährlich, weil

das Sprichwort wahr ist: „wer einem Andern eine Grube gräbt, der fällt selbst hinein“.

Blättert man in unserer neuesten Geschichte, so stösst man auf ein Schlagwort, das eine ähnliche hochtorry'sche Schattirung den Liberal-Conservativen der erst geschilderten Schattirung zurief: „Alles an Alle“. Tempora mutantur et nos mutamur in illis. Nun rufen die Liberal-Conservativen den Politikern hochtorry'scher Färbung als Echo zurück: „Alles an Alle“. Was Wunder, wenn unsere gut geschulten Politiker aus Patriotismus gegen die gefährlichen Principien dieser Schattirung ihre ganze politische Intuition in's Feld führen.

In politischen Dingen gehen die Ansichten immer und nicht selten retrograde auseinander. Eine allgemein angenommene Regel ist es aber, dass jeder Partei-Standpunkt eine gewisse Berechtigung hat. Jeder Politiker hat demnach ein unbestrittenes Recht, auf der politischen Arena sein Schwerdt zu ziehen, um seiner Ansicht Geltung zu verschaffen. Kommt es aber vor, dass ein Kämpfer in seiner Leidenschaftlichkeit die Mensur überschreitet, dann hat der Unparteiische das Recht und die Pflicht, ihn auf dieselbe zurückzuführen. Dieses Recht habe ich nur in Anspruch nehmen wollen, wenn ich auf die Gefahren aufmerksam mache, die eintreten müssen, wenn diese Schattirung dem einmal bei uns geltenden Comment (ob mit Absicht oder aus Leidenschaftlichkeit) — die Principien unserer gegenwärtigen Verfassung — den ihm gebührenden Respect verweigert und auf eine Conjectural-Politik gestützt in Gefahr bringt.

Führt diese Schattirung nicht den oben geschilderten Hintergedanken im Schilde — was wir um ihretwillen aufrichtig wünschen, — nun so stützt sie sich auf eine unrichtige Auffassung: „dass nämlich die Ritter- und Landschaft sehr wohl neben der wirthschaftlichen Landschaft in ihrer bisherigen vollen Kraft fortbestehen kann“, die ich oben als unhaltbar erwiesen habe.

Die Liberal-Conservativen könnten mit den Semstwojanern sehr wohl pactiren, wenn letztere sich darüber aussprechen wollten, welche materiellen Garantien sie für den Fall zu hinterlegen gedenken, dass die Einführung der Semstwo dem Lande Schaden und Verlust bringt.

3) Eine andere Schattirung ist ihrer Ueberzeugung nach gegen Einführung der Semstwo, stimmt aber für dieselbe. Sie zerfällt in zwei Unter-Abtheilungen:

a. die eine thut es aus Furcht vor dem erweiterten Landtage und

b. die andere aus Connivenz für den Antragsteller.

Diese beiden letztern vermögen wir nicht als maassgebende Factoren für die Entscheidung von politischen Fragen anzuerkennen. Werden die genannten Motive hinfällig, so muss sich auch ihre Abstimmung ändern und der Ueberzeugung folgen.

Gehen auf dem politischen Kampfplatz die Ansichten auch vollberechtigt auseinander, so gelten doch auch hier gewisse allgemein anerkannte Regeln. Mag es im gegebenen Fall auch sehr schwer sein, die Person von der Sache zu trennen, so nimmt man doch gewöhnlich als Regel an, dass die Sache höher steht, als die Person. Man sollte daher nicht aus Zuneigung für die

Person seine für die Sache gewonnene Ueberzeugung aufgeben, weil man in der Sache die Interessen einer grossen Anzahl von Personen vertritt und durch sein Votum leicht die Majorität der Interessenten oder gar der Committenten — die souveräne Macht — schädigt. Man müsste vielmehr — auch bei sehr grosser Zuneigung für eine Person — ihr Programm entschieden bekämpfen, wenn man es als gemeingefährlich erkennt, selbst in dem Fall, wenn diese liebe Person auf dieser Arena dem Willen der souveränen politischen Macht weichen muss.

Der Person bleibt ja immer die Wahl: die Ausführung des Willens der Majorität zu übernehmen, indem sie ihre Ueberzeugung vor dieser Thatsache zurückzieht oder aber überzeugungstreu zurückzutreten. Beides ist gleich ehrenhaft und geschieht ja so häufig. Ein solches Ereigniss hat nichts Befremdendes und kommt gerade in der Zeit, in der wir leben, sehr häufig vor. Man lese nur die neuesten Zeitungen. Nicht blos ein Minister, sondern ein ganzes Ministerium nimmt seine Demission, sobald das von ihnen aufgestellte Programm nicht die Zustimmung der Kammer hat.

Es ist ja sehr natürlich, dass der Steuerzahler sich selbst darüber entscheidet, ob er zur Leistung der geforderten Steuer-Auflage die erforderlichen Mittel hat und ob er mit der vorgeschlagenen Verwendung dieser Mittel zufrieden ist.

Bei dieser Gelegenheit muss ich einer irrigen Behauptung entgegenreten, die ich kürzlich aus dem Munde einer maassgebenden Person vernommen habe und

die von manchen der Umstehenden als correct aufgefasst sein mag: „Die Semstwo entspräche“ — wurde behauptet — „der modernen Staatsform und sei aus Deutschland importirt; auch dort sei die politische von der wirthschaftlichen Machtsphäre vollkommen getrennt; die politische Macht brauche sich nicht auf ein Budget zu stützen, ergo könne auch bei uns die Ritter- und Landschaft neben der Semstwo sehr gut ihr bisheriges Ansehen conserviren, wenn man ihr auch das Willigungs-Recht nimmt“.

In den modernen politischen Kammern der constitutionellen Staaten ist, im Gegentheil zu jener Behauptung, das Budget von der allerwichtigsten Bedeutung. Man lese die allerneuesten Kämpfe des Ministeriums mit der Kammer in Pest. Es wird auch immer das Budget als ultimum refugium benutzt, wenn die Kammer einen unliebsamen, ihrem Willen nicht willfahrenden Minister hinausnöthigen will. Die Kammer zeigt ihm das Portemonnaie und fragt ihn: „willst du oder willst du nicht?“ Will er nicht (seinen Willen fahren lassen), so entzieht ihm die Kammer das Portemonnaie; will er (sich ihrem Willen beugen), so giebt sie ihm das Portemonnaie.

Nie kann man einem überzeugungstreuen Minister aus seinem Rücktritt einen Vorwurf machen. Aber eben so wenig hat man ein Recht, seine widerwillige Accomodirung als eine Niederlage zu betrachten, die seiner hohen Stellung irgend einen Abbruch thun könnte. Es scheint mir im Gegentheil viel politischer und practischer zu sein, wenn ein Minister sich in dieser Weise

von aller Verantwortlichkeit für die Folgen entbindet und sie der Kammer allein zuwälzt. War seine Voraussicht richtig, nun so kann ja der Zeitpunkt nicht ausbleiben, wo er mit seinem Programm wieder hervortreten und gute Geschäfte machen kann.

Eine souveräne Macht dagegen wäre im höchsten Grade zu tadeln, wenn sie ihre Ueberzeugung dem Minister unterordnen — die Sache um der Person willen opfern — würde. Eine solche Kammer würde bei der öffentlichen Meinung in Misscredit kommen. Ihre Glieder liefen Gefahr, bei der nächsten Wahl gesinnungstüchtigen Candidaten Platz machen zu müssen.

Diese Auseinandersetzung bestätigt meine schon früher aufgestellte Behauptung: „dass ein politischer Körper ohne Budget einer Armee ohne Munition zu vergleichen ist und daher nicht Träger einer souveränen politischen Macht sein kann“. Auf unsere Verhältnisse angewandt, kann man sagen: „dass ein politischer Körper ohne Budget einer Armee ohne Soldaten vergleichbar ist“, denn nimmt man der Ritter- und Landschaft das Willigungsrecht, so löst sich die Armee von selbst auf.

4) Eine fernere Unterabtheilung will das Budget-resp. Willigungs-Recht auf kleinere wirthschaftliche Einheiten ausgedehnt wissen. Sie wird in einer unserer Schwester-Provinzen mit der Devise: „Kreis-Ordnung“ gekennzeichnet. Obgleich mir das Programm dieser Schattirung nicht zu Gesichte gekommen ist, so glaube ich es aus dieser Bezeichnung doch annähernd richtig errathen zu können: jeder Kreis soll wohl officiell das Recht erlangen, die im betreffenden Kreise ansässigen

Grundbesitzer mit einer Immobiliensteuer zu belegen, die den Character der Landes-Willigung an sich trägt und daher als nicht obligatorische (im Gegensatz zu der Land-Prästande), bezeichnet werden muss.

Ein solcher Vorschlag hat seine Berechtigung, weil er unserer Verfassung durchaus nicht widerspricht und wir adoptiren ihn gerne, weil er den von uns proponirten (ergänzten) wirthschaftlichen Apparat nur noch vervollständigt.

Es giebt ja wohl in jedem engern Kreise gewisse locale Bedürfnisse, an deren Befriedigung nur die Bewohner dieses Kreises ein specielles Interesse haben. Die für die Befriedigung solcher Bedürfnisse erforderlichen Geldmittel lassen sich nicht gut auf alle andern Kreise mitrepartiren, wenn dieselben Bedürfnisse in diesen letzteren gar nicht existiren oder doch nicht so fühlbar sind. Auch bei uns wird es Gegenden geben, wo die Leute in der Cultur vorgeschrittener und vermögender sind; warum sollen diese nicht ihr Geld für gute Zwecke ihres Gemeinwohls verwenden? etwa weil die Leute in anderen Gegenden nicht wollen oder nicht können?

Durch Schaffung solcher Organe würde eine Analogie mit der Semstwo hergestellt werden, die uns die Bestätigung unserer eigenartigen Reform erleichtern würde.

Ich möchte mir erlauben, für diese Steuerbasis eine noch kleinere Einheit, „das Kirchspiel“, vorzuschlagen, die uns in vielfacher Beziehung schon eine bekannte Grösse ist. Das Kirchspiel hat bei uns eine historische Grundlage und wird bei uns zur Ausführung gemein-

samer Zwecke schon seit langer Zeit in Anwendung gebracht, wie z. B. zu Landtags-Deputirten-, Beamten- und Prediger-Wahlen, zu Kirchenbauten etc. Dieselben Motive, die wir oben angaben, treten im Kirchspiel noch mehr hervor, als im Kreise; Analogieen finden wir bei uns: z. B. Kirchspiel-Aerzte. Auch mit Bezug auf diesen Gegenstand verweise ich auf Baron Recke's Artikel in der Mitau'schen Zeitung vor. J. über Sanitätswesen, in denen er für die Stiftung von Doctoraten im ganzen Lande, sowie für die Anlage von Haus-Apotheken plaidirte.

Eine jede im Kirchspiel auszuführende derartige Unternehmung wird leichter, zweckentsprechender und minder kostspielig sein. Erkennt man alle diese Motive an, so ist die Ausführung bei uns nicht schwierig. Einen Kirchspiels-Bevollmächtigten für die Leitung dieser Angelegenheit haben wir. Er entspräche dem Kreis-marschall in der Kreis-Semstwo. Die übrigen Glieder dieses sog. Kirchspiel-Amtes liessen sich leichter „ohne Gage“ beschaffen, als für das Kreis-Landamt, da sich der Beamte nicht für lange Zeit und nicht auf eine so grosse Entfernung von Hause zu binden hätte.

Man kann diese neuen Organe sehr wohl an unsern Gouvernements-Prästandensapparat anschliessen, hätte als Grundlage für die Steuerbasis die dort vorhandene Repartitionsliste und könnte die Regeln für diese Operation dem Prästandens-Reglement entnehmen. Die Folge davon wäre: „dass die obligatorischen Gouvernements-Prästandens- und auch die nicht obligatorischen Landeswilligungs-Budgete mit der Zeit entlastet werden könnten. Denn es würden alsdann die Steuer-Auflagen localer

Natur in die Special-Budgete der Kirchspiele übergeleitet werden. Während die Gouvernements-Prästandens-Budgetcommission fortan nicht so large im Bewilligen der beantragten Budgetposten sein wird, werden die Kirchspiele nach und nach spärlicher mit solchen Anträgen einkommen, sobald das betreffende Bedürfniss nicht einen allgemeinen Charakter hat. Aus allen diesen Gründen muss es wünschenswerth erscheinen, dass dieser neue Apparat mit dem bestehenden Prästandens-Apparat in Fühlung gesetzt wird, weil die statistischen Daten der Kirchspiels-Casse letzterm als Anleitung dienen können. Auch kann das Anordnungs-Comité diesen Apparat sehr wohl benutzen, um ihm die ihm obliegenden Arbeiten, wie z. B. Brückenbauten, zur Ausführung oder Beaufsichtigung zu übergeben.

Indem ich mich dessen enthalte, die Organisirung dieses Organs bis in's Detail auszuführen, was unsere Politiker weit besser verstehen, will ich nur noch darauf aufmerksam machen, dass dieser Apparat eine gute Grundlage für die Wahl der Friedensrichter abgeben könnte, falls diese auf den breitesten Grundlagen von statten gehen soll.

Endlich muss ich hervorheben, wie der Grossgrundbesitzer seinen persönlichen Einfluss in einem Kirchspiel viel eher zur Geltung bringen kann, als im Kreise, woher das Kirchspiels-Amt seinen der Mehrheit im Lande entsprechenden liberal-conservativen Character durch Import von zersetzenden Ideen nicht aufgeben wird.

Doctorate, Kirchspiels-Schulen, Friedensrichter etc. könnten in der Nähe der Kirchspiels-Kirchen placirt werden;

ihnen könnte sich ein landwirthschaftlicher Verein anschliessen. Mit der Zeit würden sich derart unsere Flecken vermehren und zur Zierde des Landes dienen.

III. Gruppe. Diese ausserhalb der politischen Sphäre stehende Gruppe klopft mit mehr oder weniger Ungestüm an die Thüre unseres Hauses und begehrt Einlass. Die Leute dieser Gruppe lassen sich mit einem in später Nachtstunde bei Stübmwetter Heimkehrenden vergleichen, der sich in der Hausnummer und in dem Schilde versieht. Sie begreift solche Leute, die ohne Rücksicht auf die bestehenden Rechtsverhältnisse der Ritter- und Landschaft den Garaus machen möchten. Sie wollen uns lieber Alles nehmen, als uns irgend etwas geben.

Obgleich diese Gruppe noch mit einem Programm im Rückstande ist, dessen Capitel und Paragraphen uns noch unbekannt sind, so kennzeichnet sie sich deutlich durch das Titelblatt: „erweiterter Landtag“ und begreift darunter wohl eine politische Coalition derselben drei Factoren, die wir in der wirthschaftlichen Coalition der Semstwo finden.

Wir erinnern uns dessen sehr wohl, wie damals, als die Semstwo das Licht des Tages erblickte, die Presse — hinter der die hochpotenzirte Intelligenz steckte — mit grossem Ungestüm an die Thüre des Livländischen Ritterhauses pochte und Einlass für die Städte forderte, denen bald auch die Klein-Grundbesitzer folgen sollten. Die Livländische Ritterschaft dankte höflich; denn sie wusste sehr wohl, wie traurig es damals mit dem politischen Capital in den Gilden stand. Man kann aber auch nicht erwarten, dass die neuen Stadtverordneten

die Möglichkeit haben werden, sich zu brauchbaren Politikern auszubilden. Da der Kreis ihrer Thätigkeit auf einen sehr engen Rahmen beschränkt ist und sie die wenig befriedigende Aufgabe haben, meist mit einem Debet-Budget zu wirthschaften, so können wir auch nicht annehmen, dass sie grosse Fortschritte in der Kenntniss der National-Oeconomie erlangen werden.

Um mich kurz zu fassen: „unser Privatrecht, sowie die Utilität verbietet der Ritter- und Landschaft, für die Construction eines erweiterten Landtages durch Coalition sämtlicher Bevölkerungs-Gruppen unserer Provinz die Initiative zu ergreifen und unsere maassgebenden hohen Staatsmänner können aus ganz gleichen Gründen der Staatsregierung nie eine solche Coalition empfehlen“.

Dieser Vielen als categorischer und paradoxer Imperativ erscheinende Satz geht aus den oberwähnten Artikeln des Baron Recke für den deutlich hervor, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht.

Recapituliren wir: dem Unternehmen, unserer Verfassung eine so breite — democratische — Basis zu geben, haben unsere weisen Politiker schon gleich bei Construction der letzten Reform — beim Aufsetzen des Daches auf unser Haus — einen Riegel vorgeschoben, den wir selbst nicht entfernen dürfen und den unsere hohen Staatsmänner auch nicht ohne Gefährdung der fiscalischen Interessen zu entfernen vermögen. Zur Begründung dieser Behauptung muss ich wieder das Budget herbeiholen. Rufen wir einen neuen Verfassungs-Körper: „Ritter-, Land-, Bauer-, Stadtschaft“ oder „erweiterten Landtag“ in's Leben, so wird man zur Bildung einer

gemeinsamen Casse für die Bestreitung der Bedürfnisse des ganzen Landes schreiten müssen. Auf diese Casse muss das unumschränkte Willigungsrecht der Ritter- und Landschaft übergehen. Ihr müssen auch die Land-Prästandten zufließen. Wir würden dann ein Budget haben, das sich jeder Controle der Regierungs-Organen entziehen würde. Das wäre wohl sehr schön, denn alsdann wäre unsere Selbstverwaltung eine wahre Autonomie, wie sie der Antragsteller der Semstwo wünscht. Eine Frage wäre es aber nur, ob die Regierung uns eine so weitgehende Concession machen würde, die mit dem Interesse ihrer Steueraufgabe collidirt.

Wenn Stadt und Land aus einer Casse schöpfen sollen, wie wird man da den Begriff: „allgemeine Bedürfnisse“ feststellen, da die Interessen beider so verschiedenartiger Natur sind? Welche Schwierigkeiten sich beim Feststellen des Contingents ergeben würden, dass die Städte und das flache Land zu dieser Casse steuern sollten, wird sich ergeben, wenn man die Conto's der Ritterschaft, der Ritter- und Landschaft, der Land-Prästandten und der Stadtcassen in Vergleich stellt. Diese Schwierigkeiten ergeben sich aus der Natur der Bedürfnisse und lassen sich nicht aus dem Wege räumen, wenn diese Bedürfnisse nicht aufgegeben werden sollen. Durch den Vergleich der Budgete wird man über die Mannigfaltigkeit dieser Bedürfnisse staunen. Dabei muss man sich auch sagen, dass viele dem Nothstande entspringende Bedürfnisse, die jetzt aus den Special-Cassen bestritten werden, gar nicht werden befriedigt werden, weil die Interessen-Vertretung immer

mehr in den Hintergrund verdrängt wird, wenn man den Kreis der Interessenten ausdehnt und erweitert —, wenn man die Träger des Gemeinwohls weiter auseinander drängt. Beispiele: wir haben in unserer Gouvernementsstadt Mitau sehr schlechtes Wasser; schon seit Jahren wünscht man die Versorgung der Stadt mit Wasser in einer bessern Art auszuführen; bis jetzt ist noch nicht gelungen, diesem Nothstande abzuhelfen, einmal, weil wir nicht solche Sachkenner besitzen, die einen unsern Verhältnissen und vorhandenen oder zu beschaffenden Geldmitteln entsprechenden billigen Plan ersinnen können. Hätten wir eine Semstwo, so würden wir an sie gleich die Forderung stellen, uns eine centrale Wasserleitung nach der neuesten Mode herzustellen, die bis an dreihunderttausend Rubel kosten würde. Die Kreis-Semstwo würde uns die Bewilligung dieser Summe rund abschlagen, einmal, weil sie eine so hohe Summe im Kreise, ja in der ganzen Provinz gar nicht aufzubringen im Stande wäre und dann würde sie die Wasserleitung nicht als „allgemeines Bedürfniss“ des Doblen'schen Kreises betrachten. Wir könnten aber doch eine solche Wohlthat beschaffen, wenn wir es selbst in die Hand nähmen.

Ebenso wird man nicht Trottoire oder Strassen, Canäle aus der Semstwo-Casse herstellen. Ich behaupte, man kann in dieser Beziehung nicht einmal die Interessen aller unserer Städte in einen gemeinsamen Apparat vereinigen; auch hier sind die Bedürfnisse sehr verschieden. Man hat wohl eine allgemeine Hypothekenbank errichtet; eine allgemeine gegenseitige Versicherung

der Immobilien gegen Feuersgefahr ist, wie wir sehen, schon weit schwieriger, weil das von gewissen Bedingungen abhängig ist, die nicht überall erfüllt sind; so sind die Dachbedeckungen z. B. sehr verschieden. Jakobstadt ist ein Raub der Flammen geworden, weil die meisten Dächer mit Schindeln gedeckt waren, während Mitau meist Dachpfannen hat; nicht überall sind die Feuerwehren gleich gut organisirt u. dgl. m.

Hier gelten dieselben Motive, die wir oben zur Begründung der Kirchspiels-Aemter anführten. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben sich in den letzten Decennien auch bei uns eine Menge Vereine gebildet, die eben deshalb den Keim zu Gemeinsinn und zu allgemein zufriedenstellendem Gelingen in sich tragen, dass man die Differenzirung noch weiter trieb, indem man einen genau bestimmten Zweck in's Auge fasste und darnach das Arbeitsfeld begrenzte. Man muss sich mit einer Sache intim und eingehend in Berührung setzen, sie seinem Wesen gewissermaassen zu eigen machen, um mit ihr stets in Berührung zu bleiben, um den aufgenommenen Faden gleichmässig und so fest zu spinnen, dass er nicht abreisst. Eine homogene, im Aeussern und Innern stets constante und wohlgefällige, den Regeln der positiven Wissenschaft — der Mathematik — vollkommen entsprechende Form, lässt sich nach den unumstösslichen, ewigen Gesetzen der Naturwissenschaft — der Chemie — nur aus verwandten — der Verbindung fähigen — Elementen construiren d. h. krystallisiren.

Ein grosser Gelehrter unserer Provinz hat ein um-

fangreiches Werk darüber geschrieben, worin er den Beweis antritt, dass ein jeder Verfassungs-Körper einen lebenden Organismus darstellt, in dem die einzelnen Organe homogen arbeiten müssen, um eine gute Arbeit zu liefern. Auch hierfür giebt es in unserer neuesten Geschichte ein Beispiel, das gegen die Semstwo spricht. Ich bin kein grosser Verehrer unserer alten Stadtverfassung; sie hatte viele Mängel und musste einer neuen Platz machen. Ueberall hatte man in den baltischen Provinzen auf höhern Befehl schon vor etwa zwölf Jahren Regeln für eine uns eigenartige Reform zusammengestellt und vorgestellt. Da wurden unsere Städte unter das Reichsgesetz von 1870 gestellt und u. A. die Stadtverordneten-Versammlungen als Hauptfactor, als Regulator hingestellt, die alle wirthschaftlichen Fragen zu entscheiden haben. Früher war in den Gilden doch einigermaassen die Interessen-Vertretung gewahrt. Was ist nun? Eine sehr grosse Anzahl von Personen, — die ganz verschiedenen Gesellschafts-Classen, ganz verschiedenen Berufs- und Beschäftigungs-Arten angehören, die sich meist nie mit einem der zur Verhandlung kommenden Gegenstände intim beschäftigt haben, werden zusammengetrommelt und aufgefordert, oft recht schwer zu lösende, den Säckel der Stadtcasse oder aber des einzelnen Hausbesitzers in Anspruch nehmende national-öconomische Fragen in wenigen Stunden discussionsweise zu entscheiden. Da wird es doch wohl recht oft vorkommen, dass eine wichtige Sache sehr oberflächlich und dem allgemeinen Interesse geradezu widersprechend entschieden werden wird. Nun, wir

haben hierin noch keine Erfahrungen sammeln können; wir meinen nur, dass dieser Apparat nicht geeignet ist, die städtischen Interessen wahrzunehmen und würden uns noch weniger dazu entschliessen, einen Städtetag zu adoptiren, in dem sich die Interessen sämmtlicher Städte concentriren. Um so weniger halten wir es für practisch, die Interessen sämmtlicher drei Gruppen in einem Centralpunkt zum ewigen Stillstand zusammenzuschmieden. Diese Fesseln würden jeden Fortschritt in unserm Lande unbedingt lähmen.

Die Motive zu diesem neuen Verfassungskörper sind ja wohl sehr einfach; die Vertreter derselben meinen wohl: „wer da mitzahlt, der hat auch das Recht, mitzutagen“. Das erscheint sehr plausibel. Also wiederum das Budget, von dem wir beim Aufbau dieser Verfassung auszugehen haben.

Da schon erwiesen ist, dass unsere Städte nicht im Stande sind, mitzuzahlen, so können wir ihnen den Eintritt in unser Haus mit vollem Recht verwehren. Hier werden keine Freibillets ausgetheilt.

Es ist ferner klargestellt, dass die Ritter- und Landschaft rechtlich verhindert ist, die Privatbauern zu den Landeswilligungen heranzuziehen. Indem sich die Bauern von dieser Belastung ihres Gesindes loskauften, haben sie freiwillig der Berechtigung entsagt, in politischen Dingen mitzutagen.

Die Staatsregierung — obgleich der grösste Grundbesitzer im Lande, — hat nie an der politischen Arbeit in unserm Verfassungs-Körper directen Antheil genommen, d. h. sie hat unsere Landtage nie mit Vertretern

ihrer Interessen beschickt; aus dem einfachen Grunde, weil sie sich in politischen Dingen das letzte — aber imperatorisch — entscheidende Wort vorbehalten hat. Weil sie nicht mittagte, so hat sie auch zu den Landeswilligungen nicht mitgezahlt. Wir können daher nicht vermuthen, dass sie sich jetzt dazu entschliessen wird, bedeutende Geldopfer zu bringen, damit ihre Arrendatoren mittagen können.

Wegen solcher sehr triftigen Gründe können wir diesen beiden zuletzt genannten Factoren nicht einmal die Einladung zu unserm Hause zukommen lassen. •

Aus allen diesen Deductionen dürfen wir den Schluss ziehen, dass unsere weisen Staatsmänner eine jede von uns beantragte wesentliche Verfassungs-Aenderung — sei es mit dem Programm der Semstwo, sei es mit dem des erweiterten Landtages — categorisch zurückweisen werden.

Wenn wir uns nun zum Schluss die Frage stellen, welche Reform auf dem wirthschaftlichen Gebiet die zweckentsprechendste und unsere Principien nicht alterirende wäre, so lässt sie sich in folgenden Sätzen ausdrücken:

- 1) Wir behalten unsere politischen und wirthschaftlichen Apparate bei,
- 2) wir complettiren unsere sog. Prästanden-Budget-Commission durch Zulassung von Vertretern der Klein-Grundbesitzer und
- 3) wir ergänzen unsern wirthschaftlichen Apparat durch eine Kirchspiels-Ordnung.

Nachdem ich das mir vorschwebende Bild in allen seinen Theilen fertig gestellt habe, muss ich zuletzt dazu schreiten, es mit Lack zu überziehen, um ihm einen wohlgefälligen Glanz zu geben und um die einzelnen Gruppen mehr in den Vordergrund treten zu lassen.

Da kann ich nicht verhehlen, wie ich bei der kritischen Analyse aller Vornahmen und Arbeiten unserer Ritterschaft beim Construiren unserer gegenwärtigen Verfassungs-Form nur noch weit mehr in meinem Patriotismus bestärkt worden bin. Ich gestehe es, dass mir die hohe Weisheit und politische Begabung unserer Corporation erst jetzt zum vollen Bewusstsein gekommen ist, nachdem ich Schritt vor Schritt dem Gange ihrer Arbeit gefolgt bin. In der That hat sie einen Krystall der schönsten Form und des reinsten Wassers zu Tage gefördert.

Möchte meine Arbeit denselben Eindruck auf alle meine Landsleute — ausserhalb und innerhalb der politischen Machtsphäre — hervorbringen und sie nur darin bestärken, an diesem köstlichen Kleinod mit aller Zähigkeit festzuhalten, in der festen Ueberzeugung, dass dieser Apparat das Gemeinwohl sicher stellt.

Möchte diese Arbeit dazu beitragen, nach Aussen hin Achtung gebietend zu wirken und so unsere Gegner, die bisher kein Verständniss für unsere Eigenart hatten, so aufzuklären, dass sie unsere Freunde und Vertheidiger werden.

Möchte sie endlich dazu beitragen, das uns Seiten

unserer hohen Staatsmänner bisher erwiesene Vertrauen und Wohlwollen zu festigen und zu erhalten.

Friede und Eintracht im Innern mache uns stark und einig, die begonnene Reform-Arbeit nach den von uns als richtig erkannten Principien unbeirrt fortzuführen!

